



im Gemeinderat der Stadt Mössingen

Stadtverwaltung Mössingen
Frau Heidrun Bernhard
Freiherr-vom-Stein-Straße 20

72116 Mössingen

Mössingen, 06.01.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Bernhard,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,

unsere Anträge zum Haushalt der Stadt für 2023 sollen bei großen und kleineren
Notfällen Abhilfe schaffen: :

Antrag 1: Vorsorge für das was kommen wird.

Die Stadtverwaltung und der Gemeinderat erarbeitet bis Sommer 2024 einen Hitze-Aktionsplan, in dem Maßnahmen geplant und Strukturen vorbereitet werden, um auf kommende Hitze-Ereignisse vorbereitet zu sein. Dafür werden für 2023 im Teilhaushalt 2 in Position 1280.12 zusätzliche 30.000 € für eine halbe Projektstelle ab Sommer 2023 eingestellt. Dieselbe Summe ist dann in den Haushaltsplan 2024 für die Weiterfinanzierung der Stelle bis Sommer 2024 einzustellen.

Die Projektstelle soll befristet für ein Jahr als 50%-Stelle ausgeschrieben werden. In dieser Zeit soll die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber gemeinsam mit den Verantwortlichen für Katastrophenschutz im FB 2 und den Verantwortlichen für Umweltfragen im FB 3 nach dem Vorbild anderer Städte und nach Maßgabe einschlägiger Richtlinien aus dem Bundesumweltministerium einen derartigen Plan für die Stadt Mössingen ausarbeiten, der dann im Sommer 2024 beschlossen werden kann.

Antrag 2: Hilfe in spezifischen Notlagen

Die Stadt prüft, ob es einen Bedarf gibt, in Frauentoiletten des Rathauses und anderer städtischer Gebäude, in Sporthallen und Schulen Hygieneartikel für Frauen zur kostenlosen Abgabe bereitzustellen. Falls dieser Bedarf besteht, sollen Mechanismen

geschaffen oder Vorrichtungen beschafft werden, um diese Abgabe zu bewerkstelligen. Im THH 2 in Position 3180.14 werden zu diesem Zweck vorsorglich 15.000€ eingestellt, die ggf. auf Beschluss des Gemeinderates ganz oder teilweise freigegeben werden können.

Begründung der Anträge:

Ad 1.: Der generelle Handlungsansatz im Umgang mit dem Klimawandel ist immer noch, Maßnahmen zu treffen, um diesen zu vermeiden. Die Geschichte der letzten 40 Jahre zeigt aber, dass dieser Ansatz im besten Fall ungenügend ist, realistisch betrachtet aber in die Irre geht. Weder Deutschland noch Europa werden den Klimawandel aufhalten können.

Das heißt nicht, dass Maßnahmen zur Reduktion unserer CO₂-Emissionen den Klimawandel nicht verlangsamen könnten. Aber realistisch müssen wir damit rechnen, dass die Sommer heißer werden. Das Bundesgesundheitsministerium empfiehlt deshalb die Aufstellung eines kommunalen Hitzeaktionsplans. Dieser soll beschreiben, wie drohende Hitzeperioden erkannt werden und welche Akteure ggf. welche Maßnahmen treffen müssen. Eine zentrale Steuerung für den Fall einer Hitzeperiode soll etabliert werden und öffentliche Gebäude könnten ertüchtigt werden, um ggf. als kühle Zufluchtsorte für die Bevölkerung dienen zu können. Zudem sollen bauliche Veränderungen geplant und umgesetzt werden, die die sommerliche Aufheizung einer Stadt reduzieren können.

Wir erwarten, dass aus der Empfehlung, solche Pläne aufzustellen, in absehbarer Zeit eine Verpflichtung werden wird. Insofern werden wir irgendwann einen solchen Hitzeaktionsplan erstellen müssen. Da aber, ähnlich wie bei anderen sporadischen Extremereignissen, niemand vorhersagen kann, wann eine Hitzeperiode es notwendig machen wird, zu reagieren, wäre es fahrlässig, zu warten, bis wir dazu gezwungen sind. Kluge Daseinsvorsorge für unsere Bürger bedeutet, Notwendigkeiten im Voraus zu erkennen und zu agieren, bevor wir nur noch reagieren können.

Ad 2: Toilettenpapier wird selbstverständlich in jeder Toilette vorgehalten. Doch über 50% der Bevölkerung sind weiblich, und über fast die Hälfte ihrer Lebenszeit brauchen Frauen in den Tagen ihrer Menstruation spezifische Hygiene-Artikel. In aller Regel ist das planbar, gelegentlich aber werden Frauen von ihrer Periode überrascht. In vielen Städten, an Universitäten, aber auch in Firmen- oder Verwaltungsgebäuden werden inzwischen für solche Notfälle an bestimmten Stellen Hygieneartikel vorgehalten, um Frauen und Mädchen in einer solchen Notlage auszuweichen. In Schottland ist das seit Sommer 2022 gesetzlich vorgeschrieben.

Wir schlagen vor, dass die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt erhebt, ob ein derartiger Bedarf bei uns besteht. Falls dies bejaht wird, stellt unser Haushaltsantrag Geld zur Verfügung, um beispielsweise in weiterführenden Schulen, städtischen Sporthallen sowie

in unseren größeren öffentlichen Gebäuden je eine Frauentoilette mit einem entsprechenden Spender auszustatten.

Zur Gegenfinanzierung schlagen wir vor, einen Teil der Mittel zu verwenden, die im Haushaltsplanentwurf für die Kreisumlage vorgesehen sind. In dem uns am 21.11.22 vorgelegten Haushaltsplan sind für die Kreisumlage bei einem Umlagesatz von 29,68% 9.696.000€ eingeplant. Nachdem aber vom Kreistag nur ein Umlagesatz von 26,77% beschlossen wurde, muss die Stadt in dieser Position nur 8.745.350€ aufbringen. Damit sind im Haushalt 950.650€ frei geworden, von denen ein kleiner Teil von 5% zur Gegenfinanzierung unserer Vorschläge eingesetzt werden kann. Die restlichen 95% stehen zur Finanzierung der Vorschläge der anderen Fraktionen zur Verfügung oder können in die Rücklage fließen.

Für die CDU-Fraktion
im Mössinger Gemeinderat

Dr. Andreas Gammel

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. Gammel', written over the printed name 'Dr. Andreas Gammel'.